

GZ.: Präs. 28264/2005-2
Volksbefragung gemäß § 155 Stmk.
Volksrechtegesetz über
Hochwasserschutz-Maßnahmen für den
Bezirk Andritz;
Entscheidung gemäß § 158 Stmk.
Volksrechtegesetz

Graz, 3.11.2005
Mag.La/Lo

BerichterstatteIn:

.....

**Bericht
an den
Gemeinderat**

Am 10. Oktober 2005 wurde bei Stadtrat Univ.DoZ. DI Dr. Gerhard Rüscher der Antrag an den Gemeinderat der Stadt Graz auf Durchführung einer Volksbefragung gemäß § 155 ff Stmk. Volksrechtegesetz, LGBl 87/1986 idF LGBl 94/2005 eingebracht.

Als Zustellungsbevollmächtigter wurde Herr Erich Cagran, Haberlandtweg 25, 8045 Graz, und als Stellvertreter des Zustellungsbevollmächtigten Herr Gilbert Hasenhüttl, Andritzer Reichsstraße 51, 8045 Graz, namhaft gemacht.

Gemäß § 155 Abs 1 leg cit dienen die Volksbefragungen der Erforschung des Willens der Gemeindeglieder hinsichtlich künftiger, die Gemeinde betreffende politische Entscheidungen und Planungen sowie Fragen der Vollziehung aus dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde.

Gemäß Abs 2 können Volksbefragungen für die gesamte Gemeinde oder für Teile der Gemeinde (Ortschaften, Stadtbezirke) durchgeführt werden.

Gemäß Abs 3 sind Volksbefragungen über konkrete Personalfragen, Wahlen und Entscheidungen, die bestimmte Personen betreffen, ausgeschlossen.

Gemäß § 156 Abs 2 leg cit ist der Gegenstand der Frage möglichst kurz und eindeutig zu formulieren.

Eine Gliederung der Frage in mehrere Unterfragen ist zulässig. Die Fragen müssen mit Ja oder Nein oder durch Zustimmung zu einer von mehreren Entscheidungsmöglichkeiten beantwortet werden können.

Der als Frage formulierte Gegenstand im Antrag dieser Volksbefragung lautet:

„Soll zum Schutz der Andritzer Bevölkerung und der vom Hochwasser betroffenen Objekte

a) noch vor Eintritt des bevorstehenden Winters 2005/2006 eine von Fachleuten konzipierte, gesamtheitliche Bachbett- Freimachung von allen Hindernissen, die zu Verklausungen führen,

b) eine Total-Sanierung der vier angeführten Bäche, beginnend von der Murbachaufwärts ab dem Frühjahr 2006 (nach Ende des Schmelzwassers) auf Hochwasser sicheres Niveau gemäß objektiver Sachverständigen-Vorgaben erfolgen und

c) ein sofortiger Baustopp für jegliche Neuverbauung von ausgewiesenen HQ 100 – Gebieten entlang der Bachläufe der vier benannten Bäche bis zum Abschluss der vollständigen Sicherheitsverbauungen

von der Stadt Graz verfügt bzw. zwingend vorgeschrieben und vorgenommen werden ?“

Diese Fragestellung entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen des Stmk. Volksrechtegesetzes.

Gemäß § 155 Abs 1 Stmk. Volksrechtegesetz können nur Fragen der Vollziehung aus dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde Gegenstand der Volksbefragung sein.

Sowohl die in Punkt a) geforderte „ gesamtheitliche Bachbett-Freimachung von allen Hindernissen, die zu Verklausungen führen“ , als auch die in Punkt b) „Total-Sanierung der vier angeführten Bäche,“ stellen keine Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches sondern solche des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde dar.

Die in Punkt c) geforderte Vorschreibung eines „sofortigen Baustopps für jegliche Neuverbauung von ausgewiesenen HQ 100 - Gebieten entlang der Bachläufe der vier benannten Bäche bis Abschluss der vollständigen Sicherheitsverbauungen“ ist weder auf Grund der Bestimmungen des Steiermärkischen Baugesetzes 1995 – dieses Gesetz ist im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz zu vollziehen – noch nach den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes (WRG) - dieses Gesetz ist im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung zu vollziehen – möglich. Dies aus dem Grunde, da nach dem Steiermärkischen Baugesetz die Zulässigkeit einer Bebauung – von Sonderfällen im Freiland abgesehen – von der Ausweisung als Bauland im 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 abhängig ist und ein Antragsteller einen Rechtsanspruch darauf besitzt, dass, bei Vorliegen der geforderten Voraussetzungen, eine Bewilligung erteilt wird, sofern die Bauplatzeignung – bei Prüfung der Bauplatzeignung ist auch zu prüfen, ob eine Hochwassergefährdung für das Grundstück besteht und sind zur Abwehr derselben geeignete Auflagen vorzuschreiben – vorliegt.

Nach dem Wasserrechtsgesetz wiederum bedürfen ausschließlich Vorhaben in HQ 30-Gebieten einer wasserrechtlichen Bewilligung, die dann zu erteilen ist, wenn sich durch das geplante Vorhaben die Situation auf den Nachbargrundstücken aus wasserrechtlicher Sicht nicht verschlechtert. Da das Wasserrechtsgesetz im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung zu vollziehen ist, kann es auch nicht Gegenstand einer Volksbefragung gemäß den §§ 155 ff Steiermärkisches Volksrechtsgesetz sein.

Die Verpflichtung zur Entfernung von Verklausungen trifft den jeweiligen Eigentümer des Wassergutes. Soweit es sich um öffentliches Wassergut handelt, übt das Eigentumsrecht die Republik Österreich, vertreten durch den Landeshauptmann, aus.

Gemäß § 155 Abs 4 lit b leg cit ist eine Volksbefragung durchzuführen, wenn sie für einen Teil der Gemeinde von mindestens 10 v. H, jedoch nicht weniger als 30 der für die Wahl zum Gemeinderat Stimmberechtigten, die im betroffenen Teil der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben, verlangt wird.

Am 10. Oktober waren im Bezirk Andritz 13.595 für die Wahl zum Gemeinderat stimmberechtigt. Eine Überprüfung der Antragslisten durch das BürgerInnenamt hat ergeben, dass der Antrag von mehr als 10 v. H Stimmberechtigten im Bezirk Andritz unterzeichnet ist.

Gemäß § 156 Abs 6 ist ein/e Stimmberechtigter/e als Zustellungsbevollmächtigter/e, die UnterzeichnerInnen des Antrages und ein/e weiterer/e als sein/ihre StellvertreterIn namhaft zu machen.

Als Zustellungsbevollmächtigter wurde Herr Erich Cagran, Haberlandtweg 25, 8045 Graz, und als Stellvertreter des Zustellungsbevollmächtigten Herr Gilbert Hasenhüttl, Andritzer Reichsstraße 51, 8045 Graz, namhaft gemacht.

Gemäß § 158 Stmk. Volksrechtsgesetz hat der Gemeinderat mit Bescheid innerhalb von 4 Wochen zu entscheiden, ob der Antrag den Voraussetzungen der § 155 Abs 1 und 3, § 156 und § 157 entspricht.

Die Entscheidung des Gemeinderates ist dem/der Zustellungsbevollmächtigten nachweislich zuzustellen. Überdies ist die Entscheidung durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde zu verlautbaren.

Der Stadtsenat stellt gemäß § 61 Abs 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl 130/1967 idF LGBl 32/2005, den

Antrag,

- 1.) der Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung „Hochwasserschutz-Maßnahmen für den Bezirk Andritz“ wird gemäß dem in der Beilage angeschlossenen Bescheid, GZ.Präs: 28264/2005-3 zurückgewiesen.
- 2.) Die Mag.Abt. 2 – BürgerInnenamt wird beauftragt, die beiliegende Entscheidung an den Zustellungsbevollmächtigten

Herrn
Erich Cagran
Haberlandweg 25
8045 Graz

nachweislich zustellen zu lassen.

Der Bearbeiter:

Die Abteilungsvorständin:

Der Bürgermeister:

Gesehen!
Der Magistratsdirektor:

Vorberaten in der Sitzung
des Stadtsenates am:
Der Bürgermeister:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung		
<input type="checkbox"/>	bei Anwesenheit von GemeinderätInnen	
<input type="checkbox"/>	einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen) angenommen.	
<input type="checkbox"/>	Beschlussdetails siehe Beiblatt	Graz, am Der / Die SchriftführerIn: